LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/13641
zu Drucksache 17/13425
13. 11. 2020

Antwort

des Ministeriums für Bildung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Joachim Paul (AfD)
– Drucksache 17/13425 –**

„Lehrerverband beklagt Druck von muslimischen Eltern und Schülern“

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/13425 –** vom 23. Oktober 2020 hat folgenden Wortlaut:

Unter dieser Überschrift berichtete die Passauer Neue Presse am 19. Oktober 2020 online über ein Gespräch mit Heinz-Peter Meidinger, dem Vorsitzenden des Deutsches Lehrerverbands. Vor dem Hintergrund der Enthauptung eines Lehrers in Frankreich äußerte Meidinger die „tiefe Sorge“, dass „auch in Deutschland ein Klima der Einschüchterung entsteht“. Meidinger erklärte zudem: „Der Druck ist vor allem in Brennpunktschulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund sehr hoch.“ Als Beispiele für brisante Themen nannte er den Nahostkonflikt oder Israel.
Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Lehrer von muslimischen Eltern oder Schülern aufgefordert wurden, ein konkretes Thema nicht oder nicht in einer bestimmten Weise zu behandeln? Falls ja, an welcher Schule, in welcher Jahrgangsstufe, in welchem Schuljahr, zu welchem Thema, von wie vielen Eltern oder Schülern?
2. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Lehrer von muslimischen Eltern oder Schülern bedroht wurden, weil sie ein konkretes Thema behandelt bzw. dieses konkrete Thema in einer bestimmten Weise behandelt hatten? Falls ja, an welcher Schule, in welcher Jahrgangsstufe, in welchem Schuljahr, zu welchem Thema, von wie vielen Eltern oder Schülern?
3. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Lehrer Opfer von körperlichen Übergriffen durch muslimische Eltern oder Schüler wurden, weil sie ein konkretes Thema behandelt bzw. dieses konkrete Thema in einer bestimmten Weise behandelt hatten? Falls ja, an welcher Schule, in welcher Jahrgangsstufe, in welchem Schuljahr, zu welchem Thema, von wie vielen Eltern oder Schülern?
4. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Lehrer die Mohammed-Karikaturen im Unterricht behandelten? Falls ja, welche Reaktion erfolgte durch die Landesregierung?
5. Was hat die Landesregierung bisher unternommen, um sich hinsichtlich der Fragen 1 bis 4 ein realistisches Lagebild zu verschaffen?
6. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung nach der Enthauptung des Lehrers in Frankreich und der Klage des Deutschen Lehrerverbands, der Druck sei vor allem in Brennpunktschulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund sehr hoch?
7. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Lehrer dem Druck von muslimischen Eltern oder Schülern nicht nachgeben?

Das **Ministerium für Bildung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. November 2020 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Die Ermordung von Samuel Paty hat die Landesregierung tief bewegt. Aufgrund seines Unterrichts über die Meinungsfreiheit wurde der Lehrer Paty Opfer einer schrecklichen Gewalttat. Dies erschüttert und rührt an den Grundfesten offener und freiheitlicher Gesellschaften. Die Schulen in Rheinland-Pfalz wurden aufgefordert, dem Aufruf des französischen Bildungsministers Jean-Michel Blanquer an alle Staaten Europas zu folgen und am 2. November 2020 um 11:15 Uhr in einer Schweigeminute des Opfers zu gedenken sowie anlässlich der Schweigeminute über die Hintergründe des Anschlags zu informieren und die Schülerinnen und Schüler erneut für Toleranz und gegen Gewalt und Radikalismus zu sensibilisieren.

Auch die Kultusministerkonferenz unterstrich angesichts dieser abscheulichen Tat, „dass wir noch entschiedener für Frieden, Freiheit und Demokratie einstehen müssen. Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen angstfrei unterrichten können. Unsere Schulen sind und müssen weiter Orte der Aufklärung, des friedlichen Miteinanders und der Meinungsfreiheit bleiben. Wir als Kultusministerinnen und Kultusminister stehen hinter unseren Lehrerinnen und Lehrern. Wir wissen um ihre zentrale Rolle als Botschaf-

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 8. Februar 2021

terinnen und Botschafter für Demokratie und wir sind Ihnen dankbar dafür. Wir werden alles dafür tun, um sie dabei weiterhin zu unterstützen“.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Eine anlässlich der Kleinen Anfrage bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion durchgeführte Abfrage hat ergeben, dass weder Fälle körperlicher Übergriffe noch Fälle von Bedrohungen infolge der Behandlung eines konkreten Unterrichtsthemas bekannt sind.

An der Lessing-Grundschule in Frankenthal haben Eltern einer Schülerin der vierten Jahrgangsstufe im Schuljahr 2019/2020 im Fach Ethik das Thema „Weltreligionen“ und beim Thema „Glück“ die Behandlung von Glücksbringersymbolen beanstandet. Im Sachunterricht solle die Tochter nicht das Wappen des Landes Rheinland-Pfalz ausmalen, da dies ein Kreuz enthalte. Der Unterricht wurde dennoch wie geplant durchgeführt; eine Bedrohung oder ein körperlicher Angriff war mit den Beanstandungen nicht verbunden.

Der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion waren keine Fälle bekannt, in denen Lehrerinnen oder Lehrer Mohammed-Karikaturen im Unterricht behandelten. Allerdings ist dies – auch aktuell angesichts des Mordes an Samuel Paty – durchaus vorstellbar.

Zu den Fragen 5 bis 7:

Nicht erst seit der Gewalttat in Frankreich unterstützt die Landesregierung die Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit Radikalisierungsprozessen und mit Islamismus. Speziell zum Thema „Religiös motivierter Extremismus“ wurde unter Federführung des Bildungsministeriums im Jahr 2015 ein schulisches Präventionskonzept entwickelt. Aufgrund der Mehrdimensionalität des Themenkomplexes sind folgende Aspekte wichtig: Islamismus und Radikalisierung, Muslimfeindlichkeit und die zugrunde liegende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie die Flüchtlingsthematik. Ziel war und ist es, die Lehrkräfte in ihrer Handlungssicherheit zu unterstützen und eine Kultur der Achtsamkeit insbesondere gegenüber Ausgrenzung und Radikalisierung zu fördern. Die Veröffentlichung „Islamismus – erkennen und vorbeugen: Handreichung zum Umgang mit Radikalisierungsprozessen im Kontext Schule“ (https://gewaltpraevention.bildung-rp.de/extremismuspraevention/islamismuspraevention.html) ist für alle Lehrkräfte verfügbar.

Darüber hinaus wurde ein Fortbildungsangebot entwickelt, in das externe Partnerinstitutionen einbezogen werden. Am 14. November 2016 fand im Pädagogischen Landesinstitut die Fachtagung „Umgang mit religiösem Extremismus im Kontext Schule“ statt. Mir Fachvorträgen und verschiedenen Workshops wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Thema sensibilisiert. Entsprechende Fortbildungsangebote werden weiterhin angeboten.

Die gegründete Beratungsstelle gegen islamistische Radikalisierung (Salam) beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz wird durch das Bildungsministerium mitfinanziert. Sie bietet Beratung und Unterstützung im Kontext von islamistischer und salafistischer Radikalisierung bei jungen Menschen an. Lehrkräfte erhalten Hilfe und Unterstützung zur Distanzierung von extremistischen Gruppierungen und zur Intervention bei Radikalisierungsprozessen. Wenn sich Lehrkräfte Sorgen machen, dass sich einzelne Schüler, Schülerinnen oder Schülergruppen islamistisch radikalisieren bzw. gefährdet sind, oder wenn sie mit Forderungen konfrontiert werden, können sie sich an die Beratungsstelle Salam wenden. Die Beratung ist vertraulich und auf Wunsch auch anonym möglich. Für Schulen besteht die Möglichkeit, von der Beratungsstelle Salam durchgeführte Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter zu den Themen Salafismus/Islamismus, Radikalisierungsprozesse und praktische Handlungsempfehlungen für die Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen und ggf. ihren Eltern zu veranstalten.

Die schulischen Maßnahmen gegen Extremismus sollen nach Vorstellung der Landesregierung nicht alleine Reaktionen auf Vorfälle und Prävention von extremistischen Haltungen fokussieren, sondern auch auf ein positives Gegenbild abzielen. Die Gleichzeitigkeit von Demokratiepädagogik, der Vermittlung historisch-politischen Wissens, der Durchführung allgemeiner gewaltpräventiver Projekte und von gezielt auf Extremismus angelegten Programmen hat nach Überzeugung der Landesregierung die größten Erfolgschancen und stärkt die Lehrkräfte in ihrer Arbeit. In allen diesen Bereichen hat die Landesregierung daher die Unterstützungsangebote in den letzten Jahren erheblich ausgebaut.

Sowohl über die Fortbildungen als auch über die Kontakte mit der Beratungsstelle Salam und über die Kontakte der Schulaufsichtsreferentinnen und -referenten erhält die Landesregierung vielfältige Rückmeldungen aus den Schulen, sodass sie ein gutes Lagebild hat und auf Basis der Rückmeldungen die Unterstützungsangebote weiterentwickelt.

Dr. Stefanie Hubig
Staatsministerin